

Deutschland.

Berlin, 28. Mai. Die Verhandlungen mit den verschiedenen Regierungen, den Übergang der Thurn und Taxis'schen Postverwaltung an Preußen betreffend, haben erwünschte Resultate gehabt, so daß man mit der Organisation der Postverwaltung auf dem bisherigen Thurn und Taxis'schen Gebiete ungehindert hat vorbereiten können. Bis zum 1. Juli werden jedenfalls die Vorbereitungen vollständig erledigt sein, und die preußische Verwaltung wird von diesem Zeitpunkt ab ihre Thätigkeit beginnen. Zur Leitung der Ober-Post-Direktion in Kassel ist Ober-Post-Direktor Miesen, für gleiche Funktion in Frankfurt a. M. Ober-Post-Rath Meyer ernannt; für Darmstadt Ober-Post-Rath Wahl designirt. Die Leitung des Postwesens der thüringischen Herzogthümer wird auf die Ober-Post-Direktion in Erfurt übergehen, und eine Abteilung der Postverwaltung für Thüringen wird von Halle nach Eisenach verlegt werden. — In der neuesten Nummer des "Militär-Wochenblattes" ist ein interessanter Aufsatz enthalten, der einen belebrenden Einblick in die preußische Militär-Organisation, wie in die Leistungen während des letzten Krieges gewährt. — Die gelegentlich des Luxemburger Konflikts wieder näher gerückte Kriegsfrage hat auch zu einer authentischen Interpretation des Gesetzes vom 11. Mai 1851, die Verpflichtung zu Kriegsleistungen betreffend, Anlaß gegeben. Es ist demnach entschieden worden, daß die nach Maßgabe des Gesetzes vom 11. Mai 1851 vorgeschriebenen Leistungen auch für die verbündeten Truppen zu gewähren sind, sofern diese zu preußischen Kriegszwecken Verwendung finden. Über die Mängel und Schwächen der Militär-Verwaltung in den kleineren deutschen Staaten kommen im Laufe der Zeit immer neue thatzhafte Beweise zur öffentlichen Kenntnis. So bildete man sich bekanntlich in Hannover besonders viel auf die Tüchtigkeit der dortigen Kavallerie ein; die hannoversche Pferdezucht war wegen der Bereedigung mit englischen Vollblutpferden schon vortheilhaft bekannt und der Nordländer wird im Allgemeinen für den Kavalleriedienst dem Südländer weit vorgezogen. Um so mehr hat die Erfahrung überraschen müssen, daß die in Folge der Kapitulation und Okkupation in Preußens Besitz gekommenen hannoverschen Militärpferde sich durchaus nicht als brauchbar für den Kriegsdienst bewährt haben. Von den sämtlichen hannoverschen Militärpferden, welche namentlich der Mainarmee zum Gebrauch überwiesen wurden, haben nur äußerst wenige die Strapazen des Krieges ausgehalten und jetzt sollen nur Einzelne derselben überhaupt noch dienstauglich resp. im Dienst sein; die ganze hannoversche vierzigjährige Kavallerie würde unzweifelhaft nach wenigen Wochen Kriegstrapazien marsch- und kampfunfähig gewesen sein. Der Grund ist einfach in dem falschen, nur für den Fieden und Paraden, nicht aber für die Eventualität eines Kriegs, also für ihren eigentlichen Zweck berechneten Systeme der Naturalversorgung auf dem Lande zu finden. Die Pferde wurden hier von den Bauern mit möglichst geringen Kosten, also mit möglichst wenig Hafer erhalten, an Anstrengungen nicht gewöhnt und konnten in Folge dessen nichts leisten, während die preußischen Pferde sich im Kriege bei den ungewöhnlichen Strapazen vortheilig bewährt haben. — Wie die kurze Verzögerung der Abreise des Kronprinzen schon allerhand Deutungen hervorrief, welche durch die That schnell beseitigt wurden, so hängt sich natürlich die grillenfahrende Fama auch sofort mit Befürchtungen an die Verzögerung des Königlichen Besuches in Paris an. Dem gegenüber glaube ich nochmals bestätigen zu können, daß nicht nur die Absicht feststeht, sondern möglicherweise auch die Ausführung vor dem 14. Juni, vielleicht schon in der ersten Woche des Juni, erfolgen wird. — Die Meldungen süddeutscher Zeitungen über die Inspizierung der Festung Ulm durch den preußischen Militär-Bevollmächtigten in München, General von Hartmann, finden hier keine Bestätigung. General von Hartmann hat, wie ich schon früher bemerkte, der bayerischen Arme gegenübert eine amliche Stellung, also auch keine Veranlassung zu dienstlicher Inspizierung der Festung Ulm. Dagegen mag es dahin gestelltbleiben, ob etwa andere Interessen zur Bestätigung dieser Festung bewegen.

Der Ober-Negierungs-Rath v. Poninsly in Potsdam ist zum Vice-Präsidenten der Negierung zu Breslau ernannt worden; auch der Prinz zu Hohenlohe, zeitweise bei der Verwaltung der Herzogthümer beschäftigt, wird dem Bremischen noch bald weitere Verwendung erhalten. — Im Jahre 1866 sollen noch statistischen Ermittlungen an Anleihen kontrahiert werden sein: 68½ Millionen Thaler, 100 Mill. Rubel, 195 Mill. Francs. Die Eisenbahnen sind dabei nur mit 13½ Mill. beteiligt.

Berlin, 29. Mai. Se. Maj. der König begibt sich, wie schon gemeldet, am 4. Juni zur Weltausstellung nach Paris und wird am 14. wieder von dort hier zurück sein. Zur Begleitung sind besohlen die Generale v. Moltke, v. Tresckow und Graf v. Grols, der Ober-Hof- und Hausmarschall Graf v. Pückler, die Flügeladjutanten Majors Graf Lehndorff und Prinz Anton Radziwill, der Leibarzt Dr. v. Lauer, der Geh. Hofrat v. Borch.

Der Kaiser Alexander von Russland und der Großfürst Vladimir treffen am 30. d. M. mittags von Petersburg hier ein, begeben sich aber auf der Verbindungsbahn entlang sofort nach Potsdam, wo auch der Empfang stattfindet. Um 5 Uhr Nachmittags ist im Stadtschloss dasselbst Familien-Diner und Marschallstafel und Abends Vorstellung im dortigen Theater. Schon Tags darauf sehen die hohen Gäste die Reise nach Paris fort und kehren am 15. von Stuttgart und Darmstadt nach Potsdam zurück. Am folgenden Tage, Abends 9 Uhr, wird bereits die Rückreise nach Petersburg fortgesetzt. Während der Anwesenheit am Königlichen Hof sind zur Dienstleistung kommandiert beim Kaiser Alexander der General v. Bonin und der Militärbevollmächtigte in Petersburg, Oberst v. Schweinitz; beim Großfürsten Vladimir, wie schon be-

kannt, der Generalmajor v. Rosi. In der Begleitung des Kaisers befinden sich der Ober-Kammerherr Dolgorukow, der Vice-Kanzler Fürst Gortschakow, die General-Adjutanten Graf Schawlow I. und Graf Adlerberg II., die Flügeladjutanten Oberst Rylerow und Oberst Woitschow, der Leibarzt Dr. Carel rc. In Begleitung des Großfürsten Vladimirs sind der General-Adjutant Graf Perofsky, der Kontre-Admiral v. Borch rc.

Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin trifft am 30. d. zum Empfang der russischen Gäste aus St. Petersburg in Schlesien über Dresden hier ein, seht aber noch denselben Abend die Rückreise nach Ludwigslust fort.

Der Kaiser Alexander von Russland hat dem Könige zwei herrliche Pferde, Hochtraber, mit sehr elegantem, ganz mit Silber beschlagenem Geschirre zum Geschenk gemacht. Die Pferde langten in Begleitung eines Stallmeisters und eines Leibkutschers hier an, die bei ihrer Abreise reich beschenkt wurden.

Laut einer Allerhöchsten Kabinets-Ordre hat Se. Majestät der König die Errichtung von Kadetten-Anstalten zu je zwei Kompanien in den Schlössern zu Plön in Holstein und Oranienstein im Regierungsbezirk Wiesbaden zu befehlen geruht.

Eine Allerhöchste Kabinetsordre bestimmt, daß die ehemals K. bayerischen Unterthanen, welche mit dem von Bayern abgegebenen Gebiet jetzt in den preußischen Unterthanenverband übergetreten sind, das ihnen vom Könige von Bayern für den Feldzug 1866 verliehene Armee-Denkzeichen anlegen dürfen.

Zur Steigerung der Wehrkraft in der Marine soll das Schiffsjungen-Korps auf mindestens 600 Köpfe gebracht, auch das Matrosenkorps, das Unteroffizier-, Maschinen- und Werkpersonal entsprechend verstärkt werden. Das Marine-Bataillon und die See-Artillerie wird ebenfalls ausgedehnt, auch sollen in diesem Sommer Versuche mit im Inlande gefertigten Panzerplatten angestellt werden.

Die seither wegen der Zeitverhältnisse mehrmals aufgeschobene vierte Versammlung deutscher Turnlehrer soll nun den 2. und 3. August d. J. in Stuttgart abgehalten werden und nimmt der seiner Zeit dafür gewählte Hünferausschuß in Dresden hiermit Veranlassung, alle Kollegen, welche mit Leitung des Turnunterrichts bei Lehr- und Erziehungsanstalten jeder Art oder bei Turngesellschaften beschäftigt sind, zu zahlreicher Be teiligung daran einzuladen. Anmeldungen zur Teilnahme überhaupt sind an das Mitglied des Lokalausschusses, Professor Dr. O. Jäger in Stuttgart, spätestens bis zum 20. Juli anzubringen, während etwaige Anträge, Vorträge oder praktische Erläuterungen bis zum 25. Juni bei dem Vorsitzenden des Hünferausschusses (Dotor Dr. M. Kosch in Dresden) angemeldet sein müssen, damit noch zeitig genug ein vorläufiges Programm bekannt gemacht werden kann.

Folgendes Altersstück, welches mit den Umlieben in Hannover in Verbindung steht, wird vom Wiener "Vaterland" veröffentlicht:

"Se. Excellenz dem Herrn Staatsminister Dr. v. Malortie in Hannover. Guten Vernehmen nach soll der Bankier Meyer in Hannover bereit sein, diejenigen 40,000 Thlr., welche (als Renten- oder Zinszahlung) von dem König Georg-Marien-Bergwerks- und Hüttenverein theils im Juli v. J., theils im Jänner d. J. an die Königliche Kronkasse zu zahlen gewesen sein würden, neuerdings aber durch ein Abkommen mit Ew. Excellenz gestundet sind, dem Geh. Finanzrath v. Klencz auszu zahlen unter der Voraussetzung, daß Ew. Excellenz und der Geh. Rath v. Bar ihre Zustimmung zu solchen Zahlungen dem ic. Meyer bezeugen. Für den Fall, daß die vorstehend angeführten Thatachen sich bestätigen sollten, so befehlen Se. Maj. der König, unser allernäächster Herr, auf das Bestimmteste, daß die Zahlung der Summe, wenn irgend thunlich, an den Geh. Finanzrath v. Klencz veranlaßt werde und lassen Ew. Excellenz auffordern, Ihresfalls Alles vorzubereiten, um dieselbe zu ermöglichen. Da es durchaus notwendig (!) ist, daß die Auszahlung nicht in Hannover erfolgt, so müssen die Kosten der Versendung des Geldes, falls dasselbe nicht durch Wechsel bezogen werden könnte, dem ic. Meyer ersetzt werden. Die Form und den Inhalt der auszustellenden Quittung ersuche ich Ew. Excellenz ergebenst festzustellen und dem Geheimen Finanzrath von Klencz mittheilen zu wollen. Hirsch, den 8. Mai 1867. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Platen-Hädermund."

Flensburg, 27. Mai. Nachdem die im hiesigen Lande vorgenommenen Steuerregulierungs-Arbeiten meistens ihrem Ende zugängt sind, wird eine andre, ebenso wichtige, aus jener ersten notwendig folgende Maßregel nicht lange auf sich warten lassen: es steht, wie die "Flensb. Nrodd. Ztg." mittheilt, in Aussicht, daß das preußische Münzsystem in alterfürstester Frist hier einzuführen. Niemand soll dann verpflichtet sein, im Privatverkehr andere als preußische Münzen in Zahlung zu nehmen. Die öffentlichen Kassen dürfen außer preußischen nur die eigenthümlichen Münzen der Herzogthümer annehmen. Letztere sollen nicht ausgegeben, sondern zur Umprägung abgeliefert werden; auch können sie gegen preußische, nach einem noch zu bestimmenden Wertesverhältnisse umgewechselt werden; in einer noch zu bestimmenden Einlösungsszeit soll ihre gänzliche Auflösung erfolgen. Die Notwendigkeit jener Maßregel bedarf einer weiteren Darlegung. Vom 1. Juli ab sollen die preußischen Steuern erhoben werden; der Klostenssteuerzahltag in der 12. Reihe beträgt für eine Person 1 Sgr. 3 Pf. Diese Summe ist in der hiesigen Landesmünze gar nicht darstellbar; schon aus diesem einen Punkte ist die Unhaltbarkeit des hiesigen Münzsystems augenfällig. Außerdem wäre die Führung der Bücher und Rechnungen der Kassen nach zwei verschiedenen Systemen ganz unmöglich.

Limburg, 23. Mai. Gestern nahm Regierungspräsident v. Döist dem Bischof von Limburg, sowie den Mitgliedern des bischöflichen Ordinariats und den bei demselben sonst noch bischöflichen Geistlichen nach den bekannten Formularien dabiet den Huldigungs- bzw. Dienstschwur ab. In einem besondern Ausschreiben vom 17. i. M. hatte der Bischof erklärt, es sehe nichts im Wege, daß die katholische Geistlichkeit auf ergehende Aufforderung diesen Eid schwore, und „war ohne Vorbehalt“, indem derselbe keine Verpflichtung enthalte, die nicht nach der Lehre des Christenthums jedem guten Untertan, besonders des gesittlichen Standes, oblege.

Leipzig, 25. Mai. Mit dem heutigen Tage hat die diesjährige Ostermesse ihr Ende erreicht, und haben wir diesem letzten Bericht noch hinzuzufügen, daß, wie alle andern Branchen, auch Seidenwaren, die immer noch in hohem Preise stehen, sehr schlepend gingen und das Publikum sich schon an die billigeren und schönen Muster von wollenen Stoffen gewöhnt hat. Das frühere schöne Wetter lockte viel Kleinkäufer nach der Stadt, jedoch sind die Geldverhältnisse noch zu drückend, als daß viel von ihnen gekauft worden wäre; die letzten regnerischen und kalten Tage konnten natürlich im Kleinhandel kein Leben mehr hervorrufen, und stellt sich denn auch in dieser Branche das Gefamtergebnis als ein schlechtes dar.

Luxemburg, 25. Mai. Die heutige Nummer des "Courrier" schlägt vor, man solle zur Schadloshaltung der hiesigen Stadt nach dem Abzuge der Garnison eine Universität hier gründen. Sie motiviert den Plan durch den Hinweis auf andere Kleinstädte, in welchen blühende Hochschulen sich entwickelt haben, auf das vorhandene großer Räumlichkeiten und einer reichhaltigen städtischen Bibliothek und besonders auf die Unabhängigkeit des Landes, unter deren Aufsicht die Wissenschaft die schönsten Früchte trage.

Stuttgart, 27. Mai. Über die preußischen Militärbevollmächtigten an den süddeutschen Höfen bemerkte neuerdings (in einem anscheinlich offiziellen Artikel) der "Schw. M.", indem er konstatiert, daß deren Stellung bisher noch keine offizielle ist, weiter Folgendes: "Selbst wenn die Stellung dieser militärischen Diplomaten eine amtliche geworden sein wird, so darf bei der Beurtheilung der Aufgabe der Militärbevollmächtigten, welche Preußen nach den süddeutschen Höfen und diese nach Berlin schicken, der Artikel der Augustverträge, welcher Preußen die süddeutschen Heere für den Kriegsfall zur Verfügung stellt, nie außer Acht gelassen werden. Jene Vertragbestimmung kann und will beiderseitig nicht anders verstanden werden, als daß die Südstaaten im Frieden völlig frei handeln, ihr Heerwesen so einzurichten, wie sie es für ihre Verhältnisse am zweckdienlichsten finden. Die Südstaaten werden in ihrem eigenen Interesse dieser Organisation eine Richtung geben, daß sich dieselbe ohne Zwang in die norddeutsche Einigung einfügen läßt. Über die deshalb zur Erörterung kommenden Punkte Auskunft zu ertheilen, Requisitionen zu vermittelns, kurz, die Verbindung der beiden Militärkörper zu unterhalten, das ist der Zweck der Sendung der Militärbevollmächtigten. Daß Preußen in der Wahl des Herrn General v. Obernix für Württemberg glücklich gewesen ist, das geht aus dem Takt hervor, mit dem der Herr General bisher in seiner Richtung aufgetreten ist. Der für Berlin bestimmte Militärbevollmächtigte Württembergs wird in kürzester Frist ernannt werden und dann alsbald nach Berlin abgehen."

Augsburg.

Wien, 26. Mai. Auf die politische Haltung beider Häuser des Reichsraths kann man zwar nicht aus den bisher abgehaltenen, wenigen und unbedeutenden Sitzungen, aber doch aus der Wahl der Adress-Kommissionen einige Schlussfolgerungen ziehen. Im Herrenhause ist die Wahl ausnahmslos auf Mitglieder der "verfassungstreuen" Mehrheit gefallen; keiner der Gewählten gehört der Partei der Föderalisten oder der grundäächsten Gegner der Februarverfassung an. Außerdem beweist die Wahl, daß das konervative Element im Hause überwiegt, denn unter den "verfassungstreuen" sind die Konservativen durchschnittlich mit etwa 70, die Liberalen nur mit etwa 50 Stimmen in den Adress-Ausschuss gewählt worden, und die Anzahl der ersten ist größer als der letzteren. Ein nicht minder interessantes Ergebnis zeigt die Wahl des Adress-Ausschusses im Abgeordnetenhaus. Der funfzehn Mitglieder zählende Ausschuss weist, mit Ausnahme von einem oder zwei Abgeordneten, lauter Namen auf, welche der dualistischen Partei angehören oder wenigstens die Durchführung des dualistischen Systems in der Verfassung nicht bekämpfen. Von den strengen Centralisten, die früher dem Verfassung-Ausschuß angehörten, ist keiner gewählt, und selbst der Landmarschall Baron Pratobevera, obendrin nur gemäßigter Centralist, vertritt seine Wahl bloß dem Umstande, daß er als Antragsteller der Adresse nach parlamentarischer Usance nicht umgangen werden konnte.

Über das Bestehen der Frau Erzherzogin Mathilde ist nicht viel zu vernehmen. Die betreffenden Buletins sprechen im Allgemeinen über die Krankheitssymptome, ohne bestimmten Hoffnungen oder Befürchtungen Raum zu geben, so viel jedoch auf privatem Wege verlautet, ist noch bei Weitem nicht alle Gefahr für das Leben der hohen Patientin geschwunden.

In Bezug auf die Stellung der Regierung, namentlich des Ministerpräsidenten Ehren. v. Beust, zum Konkordat wird der (liberalen) "Deutschen Allg. Ztg." Folgendes berichtet: Vorläufig dürfte der Standpunkt wohl durch ein Wort klar genug gezeichnet sein, welches man dem Ministerpräsidenten in den Mund legt als Entgegnung auf die Neuherungen eines "hochkirchlichen Reichsratsmitgliedes" als Lipptes sonderte, welche Bedingungen etwa seiner Partei für ihre Unterstützung des ungarischen Ausgleichs angeboten werden möchten. "Die Lippe", soll Herr v. Beust gesagt haben, "ist etwas anderes als die Alpen; ich kann Sie mit gutem Gewissen einladen, uns jenseit des Flusses zu folgen, aber wir haben die dringendste Veranlassung, dieses der Berge zu bleiben."

Paris, 26. Mai. Wie es heißt, sind in Folge der jüngsten Entdeckungen in Hannover die hier befindlichen Agenten des

